

DER POLITISCHE PARADIGMENBRUCH IN ÖSTERREICH

DAVID CAMPBELL

**Was
heißt
Paradigmen-
bruch?**

Das politische System Österreichs, nach 1945, galt immer als eines der stabilsten; gesehen in einem westeuropäischen Kontext. Das österreichische Elektorat, die österreichische politische Kultur insgesamt, sie charakterisierten sich durch ein system-konformes Verhalten, überraschend starke Pendelbewegungen bei Wahlen blieben aus. Auf der Oberfläche des politischen Systems manifestierte sich diese Konformität/Stabilität in drei Indikatoren: Wahlbeteiligung, Organisationsdichte (gleichbedeutend mit: wieviel Prozent der Österreicher auch Parteimitglieder sind) und Parteienkonzentration, d.h. wieviel Prozent der Wahlstimmen die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP auf sich vereinigen konnten. /.../

Die späten siebziger Jahre bilden für das politische System Österreichs eine wichtige Zäsur, weil hier die Stabilitätstendenz an einen Punkt gelangt, wo sie als Systemkriterium an Erklärungswert verliert: Es tritt ein politischer Paradigmenbruch ein, dahingehend, daß Stabilität und Parteienkonzentration einem reversen Prozeß zu unterliegen beginnen. Der Begriff Paradigmenwechsel soll dabei weniger einen plötzlichen Strukturbruch markieren, sondern mehr einen systemischen Prozeß implizieren. Zwei Daten sind hier von wichtiger Bedeutung und gehen über eine bloße Symbolik weit hinaus; 1978: In der ersten bundesweiten Volksabstimmung, die es jemals in Österreich gab seit der Einführung dieses Instrumentariums in der Verfassung,¹ lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes (AKW) Zwentendorf ab. Und die Nationalratswahl 1979: Zwar kann die SPÖ ihr historisch bestes Wahlergebnis erzielen (51,02 %) und damit noch einmal die Position einer absoluten Parlamentsmehrheit verteidigen; was jedoch den Stabilitätsindikator Parteienkonzentration betrifft, entwickelt sich dieser mit einem Wert von 92,9 % bereits rückläufig.

Das Ziel meiner Analyse soll jetzt darin bestehen, den Paradigmenbruch-Prozeß zu erklären, jene Dynamikmomente nachzuzeichnen, die zu einem veränderten Wählerverhalten

hinführten, sowie den Hintergrund und die Beweggründe für das Entstehen von Bürgerinitiativen zu rekonstruieren.

Die erste Phase des politischen Systems in Österreich war durch Konformitätsmerkmale gekennzeichnet, wie Elitenkonsens zwischen den etablierten Großparteien (ÖVP und SPÖ), eine parteipolitische Durchdringung und damit auch parteipolitische Kontrolle der Gesellschaft („Parteibuchwirtschaft“), die Entwicklung der Großparteien von der Basis der Klassenpartei in Richtung einer allgemeinen Volkspartei und einem fast schon überdehnten Vertretungsanspruch für die gesamte Gesellschaft, mit der Implikation, daß sich der Volkspartei-Typus als Antwort auf die neuentstehende „politische Mitte“ verstand. (Anmerkung: In der sozialwissenschaftlichen Diskussion erhielt der Volkspartei-Typus von Otto Kirchheimer das Etikett „Allerweltpartei“ und von Anthony Downs „multipolicy party“.) Will man die Funktion der Stabilitätsleistung des österreichischen Systems auf einen einzigen Nenner bringen, so könnte überspitzt die Folgerung heißen: Die Stabilität schien der geeignete Rahmen und Garant dafür zu sein, der Wirtschaft ein optimales Umfeld für ihre Entwicklung zu bieten; zuerst im Zeichen des ökonomischen Wiederaufbaues nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, dann im Zeichen eines allgemeinen materiellen Wohlstandes und schließlich unter dem Anspruch der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit/Umverteilung während der SPÖ-Alleinregierungen („Ära Kreisky“, 1970–1983).

Kann nun das Jahr 1978 mit dem überraschenden Ausgang der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf als symbolische Markierung für das politische System Österreichs gelten, so wird relativ schnell ersichtlich, daß es sich bei dieser „politisch-strukturellen“ Wende auch um einen Generationskonflikt handelt. Die ältere Generation verfügt über den gemeinsamen Erfahrungshorizont von materiellem Elend in der Ersten Republik, Bürgerkrieg und Anschluß, überschattet noch von der Tragödie des Zweiten Weltkrieges. Deshalb schien ihr Primärinteresse zu sein: Politik (parlamentarische Politik) in Form von Stabilität und Sicherheit sowie eine materielle Kompensation früherer Defizite. Dem konträr verhalten sich nun die Erfahrungen und Wahrnehmungen/Perzeptionen der jüngeren Generation. Einerseits ist für sie ein Wirtschaftssystem mit einer flächenabdeckenden materiellen Mindestversorgung keine politische Forderung mehr, sondern ein bereits vorgefundener Zustand, d. h. der Wohlstand der Mittelschichten deklariert sich als ein Ausgangspunkt ihrer Wahrnehmung. /.../

Auf einen Punkt gebracht, würde die Kritik lauten: Stabilität bedeutet Verdrängung. Deshalb findet sich das primär materielle Interesse bei der jüngeren Generation erweitert (d. h. nicht abgelöst) durch Forderungen nach direkteren politischen Partizipationsmöglichkeiten (auch als Aspekt von „persönlicher Selbstverwirklichung“) und einer veränderten Einstellung zur Umweltfrage (Stichwort „ökologische Krise“).

In einer interessanten Studie zeigt Fritz Plasser auf, wie Oberfläche und Tiefenstruktur des österreichischen politischen Systems miteinander revers (widersprüchlich) gekoppelt sind.² Der extremen Stabilitätsleistung, ausgedrückt in den Faktoren der Wahlbeteiligung, Organisationsdichte und Parteienkonzentration, steht auf der Wählerseite ein Gefühl der „politischen Ohnmacht“ gegenüber, d. h. der Wähler empfindet subjektiv ein Defizit hinsichtlich seiner Position, seiner Einflußmöglichkeiten über das Instrumentarium der Wahl hinaus auf gesellschaftliche Prozesse und die politische Ebene. Damit scheint die hohe Wahlbeteiligung auch mehr ein Indikator dafür zu sein, wie effizient die Parteien die österreichische Gesellschaft/Bevölkerung durchstrukturiert haben: Die Wahl-Mobilisierungskapazitäten der Parteien interpretieren sich als Loyalitätsmanifestationen der Wähler. Das Fazit daraus könnte lauten: Aus einem „Gehorsam“ gegenüber seiner/ihrer Partei geht der Österreicher, die Österreicherin wählen.

Zur Analyse der neuentstandenen Dynamikeffekte in der Politik ist es notwendig, die Prozesse auf der Parteebene und der Wählerebene parallel zu untersuchen, ihre strukturelle/funktionale Koppelung sowie die Erosion der Großparteien in direkte Konfrontation zu setzen zu den veränderten Bedürfnissen und einer differenzierten politischen Wahrnehmung durch die Wähler.

**Die Ursachen
der Dynamik-
prozesse**

**Erosion
der Großparteien**

Auf der Parteebene läßt sich die Erosion der Großparteien, im Sinne ihrer Verluste und Einbußen bei Wahlen, vor allem in zwei funktionalen Defiziten orten.

Erstens: Die Entwicklung von einer Klassenpartei zu einer allgemeinen Volkspartei führte zu einem überdehnten Vertretungsanspruch, d. h. die Intention, für jeden Wähler potentiell attraktiv zu wirken, war ab einem gewissen Punkt nicht mehr realisierbar bzw. glaubwürdig genug. (Hier möchte ich gerne den Begriff der „Supermarkt-Partei“/„supermarket party“ einführen.) Es resultierten Unklarheiten hinsichtlich des Partei-Profiles und -Images, charakterisiert durch das Dilemma: Je größer die Wähler-Zielgruppe sein sollte, desto unspezifischer und nicht-eindeutiger mußten sich oft die Aussagen gestalten. Außerdem trat zu der Zielunschärfe eine Innovationsträgheit der Großparteien hinzu, gefördert durch ihre Größe (und ihre bisherigen Erfolge), mit der Implikation, daß die Politik/Policy der Parteien immer weniger neuentstandene Bedürfnisse in der Bevölkerung abdeckte. Diese Kluft vergrößerte sich auch durch den Tatbestand, daß die Parteiliten oft der älteren Generation angehörten, aber ein wachsendes Segment der Bevölkerung auf Jungwählern mit einer Establishment-kritischen Einstellung basiert.

Zweitens: Der politische Elitenkonsens mit dem ausgeprägten Proporzsystem bewirkte eine extreme Machtverfälschung der Großparteien. Selbst während der SPÖ-Alleinregierungen war die ÖVP „macht-präsent“, auf der Landesebene (die „schwarzen Bundesländer“) und in der Sozialpartnerschaft. Dazu kam noch die restriktive Rekrutierungsstrategie über den Kanal der „Parteibuchwirtschaft“. Die langen Regierungsfunktionen führten zu natürlichen Abnützungserscheinungen und bildeten ein optimales „Sozietop“ für Korruption und andere Fehlfunktionen. Der Elitenkonsens förderte die Korruption nach dem Motto: „Du deckst nicht meine Skandale auf, dafür schweige ich über deine.“ Die Eliten der österreichischen Großparteien waren sich darin einig, nicht zuviel öffentliche Transparenz in den „Hinterhöfen ihrer Macht“ zuzulassen.

Die Dynamikprozesse auf der Wählerebene schufen Bedingungen, die den Politikauffassungen der Großparteien entgegenliefen und deren Erosionserscheinungen einleiteten. Folgende Verschiebungen erzeugten veränderte Funktionsbeziehungen zwischen Wähler und Politik. Erstens: Die sozioökonomischen Umschichtungen führten zur Auflösung bzw. Aufweichung der traditionellen Sozialmilieus, sprich: der Lagerabgrenzungen. Der expandierende Tertiärsektor (Dienstleistungen) und die wachsende Zahl der Angestellten bildeten die Basis für die „neuen Mittelschichten“. Infolge davon verliert der milieuverankerte Beweggrund des „class voting“ an Bedeutung, in vielen Bereichen etabliert sich das „issue voting“ zum dominanten Faktor, d. h. die entscheidenden Wahlmotive sind „Sachthemen“ und die führenden „Persönlichkeiten“ der Parteiliten (Stichwort „Spitzenkandidaten“; so etwa erhielt während der Nationalratswahl 1990 der SPÖ-Spitzenkandidat Franz Vranitzky 560.789 Vorzugsstimmen, laut Wiener Zeitung vom 13. Oktober 1990).

DIE ENTWICKLUNG DER PARTEIENKONZENTRATION SPÖ/ÖVP

Die Prozentzahlen sind die addierten Stimmenabgaben für SPÖ+ÖVP.

Nationalratswahlen

Phase 1: (1945 –1975)

Wahljahr

1945	94,4%
1949	82,7%
1953	83,4%
1956	89,0%
1959	89,0%
1962	89,4%
1966	90,9%
1970	93,1%
1971	93,1%
1975	93,3%

Phase 2: (1979–1990)

Wahljahr

1979	92,9%
1983	90,8%
1986	84,4%
1990	75,1%
1994	62,9%
1995	66,35%

Anmerkung: Die FPÖ bzw. der VdU (WdU) kandidierte erst ab der NRW 1949. Quellen: Für die NRWen 1945–1986: Mackiel/Rose 1991; für die NRW 1990: Wiener Zeitung, selektierte Oktober-1990-Nummern; für die NRWen 1994/1995: Nick, Rainer/Pelinka, Anton: Österreichs politische Landschaft, Haymon-Verlag, Innsbruck 1996, 2. aktualisierte Auflage, S. 72.



*Demonstration
gegen die
Inbetrieb-
nahme des
Kernkraftwerks
Zwentendorf,
27. Juni 1977
Quelle: Votava*

Zweitens: Es kommt zu einem Wertewandel in der Bevölkerung.³ Die materialistische Ethik (primär wachstums- und konsumorientiert) wird durch postmaterialistische Einstellungen erweitert, was auf der individual-psychologischen Ebene häufig einen Mischtypus bewirkt. Dieser versteht sich nicht als Ablöse der materiellen Interessen insgesamt, sondern die Bedürfnisskala wird zusätzlich mit postmateriellen Issues geladen (zu solchen Ergebnissen kommt eine IFES-Studie⁴). Dazu gehören vor allem: Eine Sensibilisierung der Umweltfrage (mit dem Wissen, daß einem rein quantitativen Wachstum auch Grenzen gesetzt sind), die Forderung nach einer verstärkten politischen Partizipation bzw. Mitbestimmung sowie Begriffe wie „Selbstverwirklichung“ und „weiche/harmonische Beziehungen“.⁵

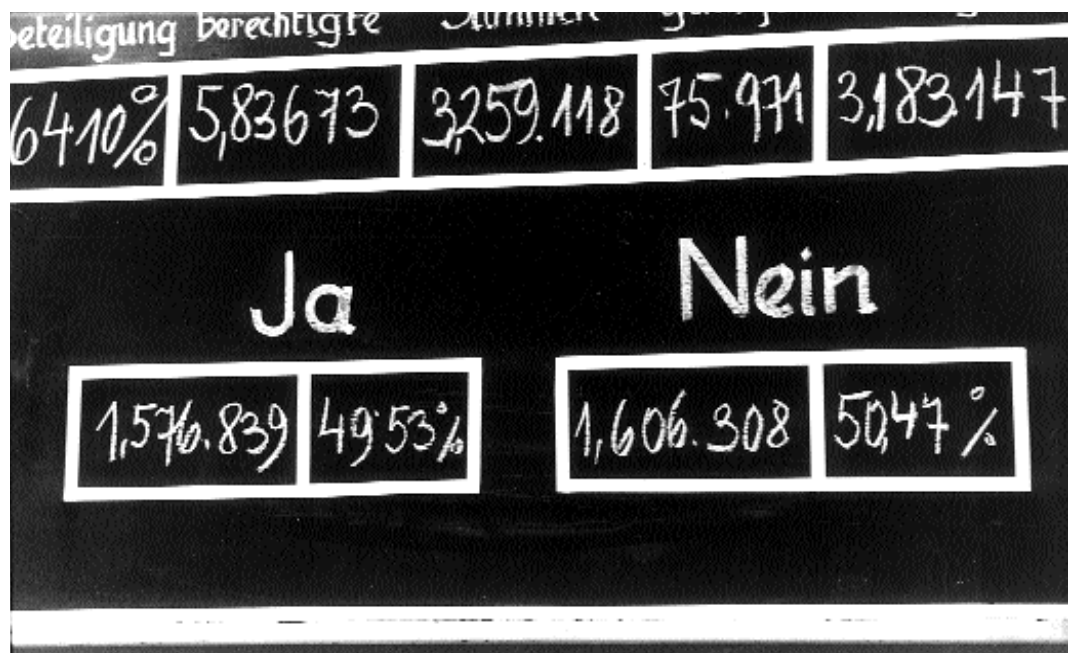
Wertewandel in der Bevölkerung

Drittens: Eine wachsende Nicht-Akzeptanz bestehender politischer Mißstände, die sich als systemische Nebenwirkungen und Ausuferungen einer Politik interpretieren, die auf Elitenkonsens basiert, gekoppelt mit Proporz aufteilungen und einer parteipolitischen Kontrolle der Gesellschaft (Parteibuch-Rekrutierung).

Dieses zunehmende Unbehagen der Wähler konnte Wolfgang Mantl in einem Wortspiel geschickt einfangen.⁶ Er etikettierte das Unbehagen nicht als „Politikverdrossenheit“ an sich, sondern gab ihm das Label „Politikerverdrossenheit“. Und der Abgeordnete Peter Pilz von den Grünen meinte ironisch, in Anspielung auf die Parteibuchwirtschaft, daß die Parteien der Zweiten Republik „verstaatlicht“ wurden.⁷

Die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und die Etablierung einer Nicht-Akzeptanz politischer Willkür durch den Staatsbürger implizierten eine Verschiebung der Wählerstruktur, das Zurückdrängen des „class voting“ durch den Faktor „issue voting“, was gleichbedeutend ist mit: Stamm- bzw. Kernwähler verlieren an Gewicht, und Wechsel- bzw. Protestwähler beeinflussen immer entscheidender das Wahlgesehen. Dadurch verläßt das Elektorat den Zustand von (relativer) Berechenbarkeit/Trägheit und pendelt sich auf einem Niveau mit erhöhter Flexibilität und Beweglichkeit ein („Issue-Wähler“ tendieren leichter zum wechselseitigen Wählen verschiedener Parteien als sozioökonomisch determinierte „Class-Wähler“). Wahlprognosen gestalten sich immer schwieriger.⁸ Folgendes Zahlenmaterial soll diese Trends einer durchdynamisierten Wählermobilität dokumentieren.⁹ Im Zeitraum 1969-1986 ist es im österreichischen Elektorat zu eindeutigen Strukturveränderungen gekommen. Wähler mit einer „Parteiidentifikation“: Reduktion von 75 % auf 59 %; Stammwähleranteil: Reduktion 65 % auf 39 %; und Wähler mit einer ablehnenden Einstellung zu einem „Parteiwechsel auf Regierungsebene“: Reduktion von 59 % auf 39 %. Aufgeschlüsselt für die Großparteien fiel der Anteil der „sozialen Kernschicht“ bei der SPÖ von 75 % auf 53 % und bei der ÖVP von 57 % auf 30 % (1961–1985). Für die ÖVP ist auch der Umstand relevant, daß sich unter ihren Stammwählern der Prozentsatz jener Personen, die am Sonntag

Abstimmungsergebnis vom 5. November 1978
Quelle: Votava



regelmäßig in die Kirche gehen, von 67 % auf 45 % verringerte (1955–1985).

Spiegelsymmetrisch zu den wachsenden Einflußdefiziten der Stammwähler verhält sich der Bedeutungsgewinn von Wechselwählern. Betrachtet über die Zeitperiode 1979–1986 ist der Wechselwähleranteil am stärksten in folgenden drei soziodemographischen Subgruppen angestiegen:¹⁰ Unter 30-jährige Wähler: Zuwachs von 7 % auf 28 %; Maturanten und Akademiker: von 13 % auf 24 %; Angestellte und Beamte („Träger der Mittelschichten“): von 10 % auf 23 %. Die Konklusion daraus lautet, daß sich Jungwähler und Teile der Mittelschichten zu jenen strategischen Wählergruppen entwickeln, um welche die Parteien verstärkt konkurrieren müssen. Hier orten sich auch die empfindlichsten Einbußen der Großparteien. /.../

Die andere Möglichkeit, Kritikpotential umzusetzen, besteht außerhalb des konventionellen Rahmens, der politische Partizipation primär auf die Wahl der Repräsentanten in das Parlament beschränkt. Diese neue Form von politischer Kritik kanalisiert sich über das Engagement in Bürgerinitiativen, und damit zeigt sich, daß wir in unserem Verständnis von politischer Kultur auf eine Bruchlinie zusteuern; hier spiegelt sich eine veränderte Wähler-Selbstwahrnehmung. Bürgerinitiativen werden massiv getragen von einem Mißtrauen gegenüber den Parteien/Großparteien, verknüpft mit dem Phänomen, daß viele von Bürgerinitiativen erhobene Forderungen vorher einem Elitenkonsens auf Parteebene geopfert wurden. Bürgerinitiativen, in der sozialwissenschaftlichen Diskussion auch als „Quasi-Parteien“¹¹ bzw. „Ein-Themen-Bewegungen“¹² charakterisiert, unterscheiden sich in ihrer Grundstruktur prinzipiell von den durch-professionalisierten Parlamentsparteien: Es handelt sich um überparteiliche Plattformen, deren Sympathisanten sich oft aus verschiedenen politischen Spektren/Lagern zusammensetzen, alle mit einer gemeinsamen politischen bzw. öffentlichen Forderung, die als Klammer fungiert, d. h. als „kleinster gemeinsamer Nenner“. Dazu kommt noch der Anspruch, daß die Forderungen von Bürgerinitiativen nicht mehr unbedingt auf der parlamentarischen Ebene durch die Parteien selbst entschieden werden sollten (dagegen richtet sich der Vorwurf des „Elitenkonsenses“), sondern vielmehr als Lösungsstrategie eine regionale/überregionale Volksabstimmung verlangen.

Hier manifestiert sich eine neue Auffassung von gesellschaftlicher Legitimität, wonach Entscheidungen mit einer gesellschafts-prinzipiellen Reichweite nicht mehr ausschließlich der Kompetenz der im Parlament vertretenen Parteien unterstehen sollten; vielmehr bedürften sie der Bestätigung durch eine Volksabstimmung. Das ist die konsequente Weiterentwicklung folgender Vorstellung: Ergebnisse von Volksabstimmungen entsprechen „echter und un-

verfälschter“ dem Mehrheitswillen der Wähler, da Parlamentsmehrheiten oft von „zufälligen“ bzw. nicht-transparenten Faktoren abhängen. Zusammengefaßt lassen sich die Charakteristika von Bürgerinitiativen zweifach beschreiben: Bürgerinitiativen sind überparteiliche Plattformen, mit dem Anspruch, daß ihre Forderungen/Ziele durch eine Volksabstimmung entschieden werden sollten.

Wenn wir Bürgerinitiativen als Seismographen zukünftiger Trends interpretieren wollen, so impliziert das, daß sich unter spezifischen Wählergruppen (Wechselwähler/Jungwähler) Ansätze etablieren, die eine Demokratiereform wünschen. Ziel dieser Reform wäre es, die bestehende primär parlamentarische Demokratie („indirekte Demokratie“) durch direkt-demokratische Instrumentarien zu erweitern, etwa nach dem Modell: Volksbegehren mit einer Mindest-Unterschriftenanzahl sollten einer Volksabstimmung unterzogen werden. Der dafür notwendige formale Rahmen müßte noch gestaltet werden, um eine effiziente und produktive Anwendung von Volksbegehren/Volksabstimmungen zu gestatten. /.../

Rückblickend betrachtet war das Engagement gegen das AKW Zwentendorf jenes Schlüsselereignis, das der Entfaltung von Bürgerinitiativen, als neue Ausdrucksform von politischer Partizipation bzw. politischer Kultur, entscheidende Impulse gab und somit auch einem qualitativ neuen Demokratieverständnis Vorschub leistete. In der damaligen Konfliktkonstellation standen miteinander vernetzte Bürgerinitiativen einerseits der Macht des „Establishments“ andererseits gegenüber: SPÖ-Alleinregierung und die Spitzen der Sozialpartnerschaft (ÖGB und Wirtschaftsbund).

Es war ein Konflikt, der in vielen Aspekten einem Konfliktmuster von Basis gegen Elite entsprach, und daraus wird auch klar, daß hier der „klassische“ österreichische Konfliktlösungs-Mechanismus eines Elitenkompromisses, im Rahmen der Sozialpartnerschaft, nicht greifen konnte (die damaligen parlamentarischen Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ lehnten Zwentendorf ebenfalls ab). Die erzwungene Volksabstimmung, mit ihrem überraschenden Ausgang bedeutete auch einen Durchbruch für Politikengagement von der Basis her. Bei einer Abstimmungsbeteiligung von 64,1 % sprach sich (am 5. November 1978) eine Mehrheit von 50,5 % gegen die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf aus.

Unsere Konklusion daraus lautet: Die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und das wachsende Legitimitations- bzw. Funktionsdefizit der Großparteien führten zu einer veränderten politischen Wahrnehmung durch den Wähler. Seine Kritik und Reaktion, interpretiert als systemisches Feedback (funktionale Rückkoppelung), kanalisieren sich über eine wachsende Unterstützung von Kleinparteien („issue voting“), die Bereitschaft, bei Wahlen die Partei zu wechseln, sowie eine Teilnahme an und Unterstützung von Bürgerinitiativen. /.../

Aus: Campbell, David: Der politische Paradigmenbruch in Österreich. Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen als demokratiepolitische Phänomene. Sonderdruck in: SWS-Rundschau 31. Jg., Heft 2/1991, S. 211–219.

- | | |
|---|---|
| <p>1 Bretschneider, R.: „Wahlen und Wähler in Österreich 1978/79.“ Kohl. A./A. Stirnemann (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979. Wien/München 1979, S. 1.</p> <p>2 Plasser, F.: Parteien unter Streß: Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten. Wien/Köln/Graz 1987, S. 179–181.</p> <p>3 Inglehart, R.: Culture Shift in Advanced Industrial Society. Tübingen 1990.</p> <p>4 Traar, K./Birk, F.: „Faktoren des Wählerverhaltens: Warum wählen Wähler in Österreich so wie sie wählen?“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 132.</p> <p>5 Ulram, P. A.: „Grüne Politik in der Volkspartei.“ Umdenken – Analysen grüner Politik in Österreich. Wien 1984, S. 38–56.</p> <p>6 Mantl, W.: „Reformtendenzen im österreichischen Parteiensystem.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 351.</p> | <p>7 Pilz, P.: Land über Bord – Kein Roman. Wien 1989, S.75</p> <p>8 Weisz, T.: Überlegungen zu Wahlprognosen. Wien 1991 (unveröffentlichtes IHS-Seminarpapier).</p> <p>9 Plasser, F.: „Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 61–67.</p> <p>10 Plasser, F./Ulram, P. A.: „Großparteien in der Defensive. Die österreichische Parteien- und Wählerlandschaft nach der Nationalratswahl 1986.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 89.</p> <p>11 Dachs, H.: „Bürgerlisten und grün-alternative Parteien in Österreich.“ In: Pelinka, A./Plasser, F. (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien 1988, S. 181.</p> <p>12 Ulram, P. A.: „Grüne Politik in der Volkspartei.“ Umdenken – Analysen grüner Politik in Österreich. Wien 1984, S. 38.</p> |
|---|---|